

# Stolper Post

Tageszeitung  
für Stadt und Land

Ämtliches  
Publikations-Organ



Erscheint wöchentlich sechsmal. Bezugspreis für den Monat 75 Goldpfennig. Bei der Post für den Monat 80 Goldpfennig. Geschäftsstelle und Schriftleitung: Stolp, Präsidentenstr. 45. Fernsprecher 18.

Anzeigenpreis: Die 6 gespaltene Kleinzeile oder deren Raum 20 Goldpfennig, für Inserenten des Stadt- und Landkreises Stolp 10 Goldpfennig, für Stellengesuche und Familienanzeigen 50% Nachlaß; die 3 gespalt. Reklamezeile 50 Goldpfennig. Anzeigenannahme für denselben Tag bis vormittags 10 Uhr.

Mit Gott für Volk und Vaterland.

Nr. 130

Mittwoch, den 4. Juni 1924.

48. Jahrgang

## Die kleine Koalition kehrt wieder!

Berlin 3. Juni. Der Wirrwarr um die Frage der Regierungsbildung hat gegen 9 Uhr abends die erwartete Klärung gefunden. Die kleine Koalition, das alte Kabinett unter Marx kehrt wieder! Nachdem bereits am Nachmittag die Demokraten erklärt hatten, daß sie nicht mehr mitbieten wollten, schloß sich das Zentrum in seiner gegen 8,30 Uhr zu Ende gegangenen Fraktionsitzung dem Beschluß der Demokraten an. Schließlich folgte, als Dritte im Bunde, die Deutsche Volkspartei, die sich in ihrer Fraktionsitzung dahin entschied, daß sie bereit sei, in die alte Koalition wieder einzutreten. Die Partei des fortgesetzten Umfalls hat zu ihrem Beschluß auch diesmal wieder das übliche spaltenlange Kommuniqué herausgegeben.

Darin wird zunächst auf den bisherigen Verlauf der Regierungsverhandlungen eingegangen und den Deutschnationalen gegenüber der Vorwurf erhoben, daß durch die heutigen Beschlüsse der Deutschnationalen Fraktion und ihre wenn auch erstellten „Erklärungen“ die Verhandlungen durchkreuzt worden seien. Die an die deutschnationalen Verhandlungsführer gerichtete Forderung, unabweisende Erklärungen abzugeben über die Entschlossenheit der Deutschnationalen zur Fortführung der Grundlinien der bisherigen Außenpolitik, sei nicht befriedigt worden. In der Frage der Neubildung der Preussischen Regierung hätten die Reichstagsfraktionen der Mittelparteien den Deutschnationalen nicht die erforderlichen Sicherungen für eine billige Neuwahl des Preussischen Landtages geben können. Außerdem sei die Haltung der Deutschnationalen gegen Dr. Stresemann für den heutigen Beschluß der Deutschen Volkspartei mit maßgebend gewesen. Das Kommuniqué schließt folgendermaßen:

„Aus all diesen Gründen muß auch die Deutsche Volkspartei zu ihrem Bedauern feststellen, daß die Verhandlungen zur Bildung der Großen Bürgerkoalition gescheitert sind. Sie hält damit den Schranken an sich nicht für tot. Sie hofft, daß das große Ziel zu gegebener Zeit doch noch erreicht werden kann. Zurzeit bleibt nichts übrig, als der Einladung des Reichstanzlers Marx zur Bildung einer Regierung auf der bisherigen Basis zu folgen.“

In Anbetracht auf die Fraktionsitzung der Deutschen Volkspartei begaben sich sodann die Fraktionsführer der Mittelparteien zum Reichstanzler. Dieser ließ hierauf den deutschnationalen Vertretern die Mitteilung zugehen, daß er die Verhandlungen mit ihnen für ergebnislos ansehen müsse. Wie wir erfahren, wird sich die Bayerische Volkspartei an der Regierungsbildung auf der Grundlage der kleinen Koalition nicht beteiligen.

Für Mittwoch ist eine zweite Reichstagsitzung in Aussicht genommen, für den Fall, daß bis dahin eine neue Regierung gebildet und diese in der Lage ist, eine Erklärung abzugeben.

Frühere Berichte, die zum Verständnis dieses Ergebnisses beitragen dürften, besagen:

Berlin 3. Juni. Nachdem heute nachmittags durch das Eingreifen einer außerhalb des Parlamentes stehenden Macht — die „B. Z.“ spricht heute von dem „Großen Unbekannten“ — schon als abgebrochen geltenden Verhandlungen zwischen Dr. Marx und den Deutschnationalen wieder aufgenommen worden waren, schien gegen Abend eine gewisse Annäherung unter den Verhandlungsteilnehmern eingetreten zu sein. Herr Dr. Stresemann sollte, wie es hieß, angeblich bereit sein, teilweise auf den Kosten des Außenministers zu verzichten, um so seiner Fraktion den Eintritt in eine neue Koalition mit den Deutschnationalen zu erleichtern. Infolgedessen ließen sich auch die Verhandlungen des heutigen Vormittags, in denen sogar spezielle Fragen, wie die kommende Regierungszerklärung eine Rolle spielten, anfänglich recht günstig an. Doch schon nach einigen Stunden hatte sich das Bild mit der an dem parlamentarischen Leben nun einmal anhaften kaleidoskopartigen Geschwindigkeit vollständig verändert. Auf eine noch nicht völlig aufgeklärte Weise war die strenge Vertraulichkeit der Fraktionsitzungen, die die Deutschnationalen abhielten, durchbrochen worden, und eine Meldung über angeblich zum Beschluß erhobene Forderungen der Deutschnationalen (Kontinuität und Preußenfrage betreffend) wurde mit einem Male unter den Vertretern der Presse und unter den Abgeordneten der anderen Parteien. Die Deutschnationalen Fraktion beeilte sich zwar, diese Meldung als nicht von ihr stammend zu bezeichnen, aber gerade, als ob die Mittelparteien nur auf diese, dazu den wahren Sachverhalt völlig verdrehende Indiskretion gewartet hätten, trat unmittelbar nach Bekanntwerden dieses Gerüchtes ein auf-

fallender Umwälzung in der für das Zustandekommen einer Einigung recht optimistischen Stimmung ein. Um 6 Uhr sprach man in Zentrumskreisen bereits von dem endgültigen Gescheitertsein der Verhandlungen, die Demokraten, deren „Fein oder Fein uns allerdings herzlich gleichgültig sein kann“, schmerteten nochmals ihr „Niemals“, die Vertreter der Deutschen Volkspartei hüllten sich in das Schweigen oder orakelten etwa von „hoffnungsloser Lage“ usw. Von Marx selbst wurde behauptet, daß er noch heute abend mit seinem alten Kabinett wieder wie der Phönix aus der Asche auferstehen werde, andere Leute wollten dagegen wissen, daß trotz allem noch immer einige Aussichten auf das Zustandekommen einer großbürgerlichen Einigung bestehen und wiesen darauf hin, daß die Fraktion des Zentrums und der Volkspartei noch immer (am 8 Uhr abends) tagten und sich also noch nicht entschieden hätten.

Kurzum, in der 9. Abendstunde herrschte im Reichstag ein solcher Wirrwarr von Meinungen, Gerüchten und Dementis nicht nur bei den Vertretern der Presse, sondern auch bei den Abgeordneten selbst, daß mit Ausnahme der Fraktionsführer, die sich in strenges Stillschweigen hüllten, wohl niemand sich ein annähernd klares Bild von der gegenwärtigen Lage machen konnte.

### Deutscher Reichstag.

Neue Tumulte.

Berlin, 3. Juni.

Auf der Tagesordnung der heutigen Sitzung steht der Bericht des Geschäftsausschusses über den Antrag auf Haftentlassung der kommunistischen Abgeordneten Pfeiffer, Lindau und Schlicht. Der Ausschuß schlägt vor, den Abg. Lindau und Pfeiffer die Freilassung zu versagen und den Fall des Abg. Schlicht noch weiter zu prüfen.

Berichterstatter ist der Abg. Loebe. Nach seinen Mitteilungen hat der Oberreichsanwalt gegen die drei Abgeordneten die öffentliche Anklage wegen Hochverrats und wegen des Versuchs, die Verfassung des Deutschen Reiches gewalttätig ändern zu wollen, erhoben. Die Verhaftung ist erfolgt wenige Tage vor dem Zusammentritt des Reichstags, und zwar wegen dringenden Tatverdachts, Fluchtverdachts und Verbundtätigkeit. Die drei Abgeordneten sind Mitglieder der Zentrale der kommunistischen Partei Deutschlands. Diese habe es fortgesetzt unternommen, die bestehende Staatsform zu gefährden.

Die kommunistische Aufwühlbewegung.

In den vom Berichterstatter verlesenen Feststellungen des Oberreichsanwalts heißt es u. a.: Auf Veranlassung der Zentrale der kommunistischen Partei sind in zahlreichen Orten große Waffentlager eingerichtet worden. In Berlin sind 44 Plätze zur Unterbringung von Waffen eingerichtet worden. In Jella-Mehlis und in Suhl sind große Mengen von Waffen angekauft worden. Zur Ueberrumpelung der Städte Forstheim und Kiel sind Waffen angesammelt worden. Mit Polizei besetzte Postautos sollen möglichst mit Handgranaten angegriffen und erledigt werden.

Aus allen Gegenden des Deutschen Reiches sind Meldungen über große Sprengstoffdiebstähle durch Kommunisten eingelaufen. Die Betreffenden haben eingestanden, im Auftrage der K. P. D. die Diebstähle begangen zu haben. Vielfach sind Waffen der Reichswehr von Kommunisten gestohlen worden. Seitens der Zentrale der K. P. D. ist die Befehlsgebung der Reichswehr und der Polizei zur Pflicht gemacht worden. Mehrere Angehörige der K. P. D. sind deshalb schon verhaftet worden. Mannschaften und Unteroffiziere von zwei Reichswehrräumen sind den Einflüsterungen erlegen und haben aus den Beständen der Reichswehr Waffen, Munition und Handgranaten an die Kommunisten verkauft.

Ferner hat der Oberreichsanwalt festgestellt, daß von der Zentrale der Partei für den Fall eines Kampfes Vorkehrungen zur Regierung des Verkehrs und Ernährungswesens getroffen worden sind. Weiter ist festgestellt, daß Kommunisten, die bereits an der Roten Armee beteiligt waren und in München ihre Strafe vollständig abgebußt hatten, nach der Entlassung hochverräterisch tätig gewesen sind. Als Kampfgebiet wurde Westpreußen bestimmt. Es sind Anweisungen beschlagend worden, über die Bildung von sogenannten Entlassungskolonnen, die die Eisenbahn sprengen sollten. Ende 1923 ist seitens der kommunistischen Partei eine besondere Gruppe zur Entwaffnung der Schupo gebildet worden. Verhaftete gestanden zu, daß sie von einer höheren Stelle der

K. P. D. eingehalten worden sind, Waffen der Polizei zu entwenden und diese der K. P. D. zu übergeben. In Mecklenburg und Pommern sei eine sogenannte Partisanenabteilung gebildet worden, um im Fall des Losgehens der großen Aktion zur Chaos herbeizuführen, und zwar mit allen Mitteln, mit Wirt, mit Brand, mit Verwendung von Sprengstoffen.

Der Abg. Lehmann (Deutschn.) hält die Freilassung der Abgeordneten Pfeiffer und Lindau für unmöglich. Der Redner erklärt, seine Fraktion werde dem Ausschußantrag zustimmen.

Der Abg. Koenen (Komm.) wendet sich gegen den Ausschußantrag. Er sei ein Teil der Kommunistenhebe, die jetzt eingeseßt habe.

Eine Tumultszene.

Um die Tribüne drängen sich zahlreiche Kommunisten, die die Ausführungen des Redners mit lärmenden Zurufen begleiten. Präsident Wallraf fordert die Abgeordneten auf, ihre Plätze einzunehmen. (Sturm. Widerspruch d. Komm.) Der Abg. Kemmele (Komm.) ruft: Wir sind hier auf unseren Plätzen! Wir weichen nicht!

Präsident Wallraf ruft den Abg. Kemmele zur Ordnung, weil dieser dem Präsidenten zurief: Unverschämtheit! Als die Kommunisten darauf wieder lärmten und toben und im Chor Unverschämtheit! rufen, ermahnt der Präsident die Ruhestörer nochmals, zur Ruhe, besonders den Abg. Kemmele. Als dies nicht zieht, schließt er den Abg. Kemmele von der Sitzung aus. Kemmele weigert sich, der Aufforderung, den Saal zu verlassen, Folge zu leisten. Der Präsident läßt darauf eine Pause von 5 Minuten eintreten. In dieser Pause bringen die Kommunisten in großen Scharen auf die Rednertribüne. Auf der anderen Seite haben sich die Abg. der Rechten eingefunden. Beide Gruppen geraten in ein heftiges Wortgefecht. Ein großes Affenstück wird von links nach rechts geworfen.

Als die Sitzung wieder aufgenommen wird, erklärt Präsident Wallraf: Ich stelle fest, daß der Abg. Kemmele sich wiederholt geweigert hat, meinen Anordnungen Folge zu leisten. Somit ist sein Ausschluß nach der Geschäftsordnung auf 20 Sitzungstage erfolgt. Ich bitte den Aeltestenrat, sofort zusammenzutreten, und hebe die Sitzung für heute auf. (Auf den den Kommunisten: um Dich von Deinem Posten als unehrig abzusetzen!)

Der Aeltestenrat billigt nach kurzer Beratung die Maßnahmen des Präsidenten.

Nächste Sitzung Mittwoch 11 Uhr.

### Japan und Amerika.

In Tokio, im Garten der amerikanischen Botschaft hat ein Japaner Ferrara verübt, d. h. er hat sich mit dem alten „Samurai-Schwert“ den Bauch aufgeschlitten. Grund? Der Ausschluß der Japaner von der Einwanderung in Nordamerika. Ferrara — denn das nationale Gefühl des Japaners, der die erste, Japan angehende Schmach so schwer empfand — hat ein solches Verständnis im Sonnenland. Der Selbstmörder ist ein Nationalhelden geworden! Am Freitag findet eine große Trauerfeier für ihn statt mit einer anschließenden Protestkundgebung vor der amerikanischen Botschaft. Die nationale Erregung der Bevölkerung ist ständig im Wachsen begriffen, und die in dieser Woche abreisenden Amerikaner mühten durch die Polizei geschützt werden. Die japanischen Behörden sind täglich voll von Angriffen gegen das Vorgehen der amerikanischen Regierung.

Verächtungen in Washington

Berlin 3. Juni. Der „Lokal-Anzeiger“ berichtet aus New York: Ein lokale Zeitungen veröffentlichen heute Kommentare über den Protest Japans gegen den Ausschluß von der Einwanderung in Amerika. Sie bedauern die Annahme der Ausschlußmaßnahmen durch den Kongreß. Sie wähnen sich die Japaner nicht über eine Kriegsgefahr angesprochen, besteht doch das Gefühl, daß ernste Folgen entstehen könnten. In analogen Kreisen bewahrt man noch immer Stillschweigen. Er frühere amerikanische Botschafter in Großbritannien Lord, richtet in einem von ihm unterzeichneten Telegramm an den japanischen Ausschluß scharfe Angriffe gegen die Mitglieder des Kongresses.

Die alten Gegenstände haben neue Nahrung erhalten. Das Feuer schreit unter der Asche. Wie lange noch?

# Die Kundgebung des Landvolkes.

Untrügliche Steuerlasten Kreditnot.

Die Hamburger Tagung Norddeutscher Landwirte, die mündlich der Wanderausstellung der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft in Hamburg stattfand, gestaltete sich zu einer imposanten Kundgebung des deutschen Landvolkes, bei der die parlamentarische Rede des Präsidenten Grafen Kallreuth den Höhepunkt bildete. Graf Kallreuth ging insbesondere auf das erschreckende Mißverhältnis zwischen dem Preis der landwirtschaftlichen Produkte und der Produktionsmittel ein und stellte fest, daß der Landwirt bestenfalls in der Lage ist, die nächste Steuerquote zu zahlen, dann aber keine Mittel mehr in der Hand hat, durch Steigerung der eigenen Produktion die Erhaltung des Volkes sicherzustellen. Der Reichslandbund wird bitten, daß der im Frieden vorhandene, aber während des Krieges aufgehobene Zollschutz in vollem Maße wieder eingeführt wird, für den allerdings eine unerläßliche Voraussetzung die Schaffung einer festen Zollgrenze im Westen ist. In der Steuerfrage stellte er genaue formulierte Forderungen auf, die im kommenden Reichstag eine grundlegende Rolle spielen werden. Zum „Gutachten“ der Sachverständigen hat der Landbund bereits Stellung genommen, und Kallreuth wandte sich in diesem ablehnenden Sinne nochmals ausdrücklich gegen die drohende Vernichtung der Souveränität des deutschen Staates auf dem Gebiete der Währung und des Transportwesens.

Im einzelnen äußerte Graf Kallreuth in bezug auf das Vorgehen gegen die Steuerüberlastung, daß dieses sich zu richten habe:

1. gegen die heute weit überspannte Höhe der Umsatzsteuer. Es ist wirtschaftlich nicht tragbar und für die Preise unserer Produkte einseitig ungeheuer drückend, andererseits für die Konsumenten außerordentlich die Lebenshaltung verteuert, wenn auf den einzelnen Produkten der Landwirtschaft, ehe sie in die Hand des Konsumenten kommen, 10 Prozent und mehr Umsatzsteuer ruhen. Es ist ferner eine durchaus unberechtigte Maßnahme, wenn die Umsatzsteuer besonders auch im Kleinverkehr — in vollem Umfang auf die im eigenen Haushalt betrachteten Produkte angewendet wird. Ganz unerbötlich ist es aber, daß die Umsatzsteuer, die unsere heimische Produktion so schwer belastet und dem Konsumenten unsere heimische Produktion entsprechend veräußert keine Verwendung findet auf das vom Auslande eingeführte Getreide.

2. Bei der Grundbesitzsteuer werden wir erneut die Freilassung des Grundbesitzes fordern, weil sie die für die landwirtschaftliche Produktion notwendige Stabilität des Besitzes aufs höchste gefährdet.

3. Die Reichsrentensteuer muß wieder auf das wirkliche Einkommen beschränkt werden und nicht — wie es jetzt der Fall ist — in mehr oder weniger willkürlich geschätzten Voraussetzungen abgegolten werden. Die Voraussetzung von einem Einkommen von 4 Prozent des Vermögenssteuerwertes ist sachlich unrichtig, denn 4 Prozent Einkommen von Vermögenswerten hat heute ganz sicher kein Landwirt. Die in die geldbarsten Zeit verlegten Zahlungstermine (15. Mai und 15. August) sind praktisch nicht durchführbar. Es ist zu fordern, daß die Einkommensteuer wieder grundsätzlich den alten Bewertungsbeschlüssen angepaßt wird unter Zugrundelegung des Abschusses der ordnungsmäßigen Buchführung für das vorangegangene Wirtschaftsjahr. Die heutige Steuerbelastung, welche beim Höchsteinkommen mit 60 Prozent endet, ist angesichts der sonstigen hohen Belastung auf die Dauer nicht tragbar und muß zurückgeschraubt werden. Vor allen Dingen werden wir auch fordern, daß sämtliche Belastungen und Schulden — einschließlich der Zinsen für die Rentensanktionen — von dem jeweiligen Einkommen in Zukunft abgezogen werden.

4. Was die Vermögenssteuer betrifft, so werden wir fordern, daß unter allen Umständen wieder der Ertragswert und nicht der gemessene Wert der Besteuerung zugrunde zu legen ist. Besonderen Wert werden wir darauf legen, daß bei Durchführung der Steuern, besonders bei der Wertermittlung der Veräußerung, die Landwirtschaft — wie dies bisher der Fall war — maßgeblich selber vertreten ist, und daß sowohl Reichs- als Staats- und Kommunalsteuern in ein übersichtliches, nicht nur für den sachverständigen Finanzbeamten, sondern auch in den Zensiten verständliches System gebracht werden.

In bezug auf das für die Landwirtschaft ausbleibende am schwersten drückende Kapitel des heutigen Wirtschaftslebens, die ungenügende Kreditnot, führte der Redner u. a. aus: Die durch die Kreditverweigerung der Reichsbank hervorgerufene Wirtschaftskrise hat heute einen solchen Umfang angenommen, daß wir — wenn nicht bald eine Aenderung der Finanzpolitik bei der Reichsbank erfolgt — bereits in den nächsten Wochen eine wirtschaftliche Katastrophe — besonders auch in unseren landwirtschaftlichen Betrieben — erwarten können. Gewiß ist eine Verknappung des Kredites notwendig, um die Währung unserer Rentenmark auch im Auslande aufrecht zu erhalten, und gewiß war eine ungeheure Anspannung der Steuerlasten notwendig, um die Finanzen des Reiches zu sanieren. Beide Maßnahmen dürfen aber nicht so weit gehen, daß man damit das ganze Wirtschaftsleben erdrückt. Ich fürchte, daß der Herr Finanzminister und der Herr Reichsbankpräsident schon in wenigen Wochen, wenn keine Aenderung tritt, den zweifelhaften Ruhm für sich in Anspruch nehmen können, die Finanzen des Reiches saniert, die Währung vorläufig stabilisiert, dafür aber die Wirtschaft ruiniert zu haben, und sie dann nach berühmtem Muster ein Communiqué ausgeben können: „Operation glänzend verlaufen“, Patient aber in der erwarteten Gesundungsstufe verstorben.“

Bei Betrachtung der heutigen Kreditnot dürfen wir aber auch die Mehrheit des Volks nicht außer acht lassen, und das ist die, daß wir in Folge unserer Berufslosen noch nicht überall die volle Erkenntnis für den Ernst der Lage auf dem Geldmarkt und für die schweren Folgen für die Wirtschaft durch die jetzt erhaltene gemachten Kredite finden. Ich möchte nicht verschweigen, meiner Auffassung dahin Ausdruck zu geben, daß jede Kreditverweigerung, die nicht zur unmittelbaren Rettung der Wirtschaft dient und bei der man die investierten Gelder als Bargeld im Laufe des Wirtschaftsjahres wenigstens anstandslos zurückerhalten kann, heute als ein Schaden für den Staat anzusehen ist. So schwer schon heute die Situation auf der Landwirtschaft lastet, so fürchte ich, sie wird sich noch steigern und im Herbst zur Katastrophe werden, wenn die Reichsbank dann unter der Bedingung, daß der Landwirt zu recht Waren zum Verkauf habe, eine

weitere Produktion der Wechsel verweigern sollte. Es ist daher noch wichtiger, als die Lösung der augenblicklichen und schwer bedenklichen Kreditnot die Frage: Wie schonen wir den Herbst der Landwirtschaft die Möglichkeit, seine heutigen kurzfristigen Kredite in langfristige zu umwandeln?

## Pommern, hab' Acht!

Vom Landesverband Pommern-Vestpreußen des Deutschen Ostmarkenvereins wird uns geschrieben:

„Wir, die Kreis unserer Provinz wollen noch immer nicht verstehen, daß die Kreis der Polen nach Inbesitznahme weiterer Strecken des nunmehrigen Grenzlandes Ost — Pommern — nicht nachgelassen hat. Das Vordringen der Polen geschieht — jeder kennt das aus der Vorkriegszeit — meist ganz vorstellig und leise, der wird ein Objekt erworben, dort der Einfluß in einer bisher rein deutschen Körperschaft verstärkt, unter dem Deckmantel kirchlicher Fürsorge schiebt sich mancher polnische Vorbote durch die staatsrechtliche Rechte des polnischen Reichstages, kennt neuerdings eine Zurückhaltung kaum noch. Wenn das polnische Staatsoberhaupt, wie es dies erst vor kurzem in Polen in öffentlicher Rede getan, unerbittlich ausspricht, daß Polen noch diejenigen uralten polnischen Landbesitze gehören, die noch nicht befreit worden sind und die noch unter fremder Herrschaft schmachten, so kann man von der Presse nicht erwarten, daß sie nicht auch den Mund, und zwar recht weit, aufstut.“

So war im „Glas Pomorski“ vom 3. 5. zu lesen: „Der Staatspräsident hat nur ausgesprochen, was das polnische Herz fühlt, und der polnische Verstand sieht, wenn er die Grenzen Polens mit dessen Zugang zum Meere betrachtet.“ Und dann: „die Vereinigung Polens auf Grund des Berliner Vertrages ist nur eine weitere Etappe zur Wiederherstellung des durch die historische Teilung Polen angetanen Unrechts. Der geschichtlichen Gerechtigkeit muß mit der Zeit Genüge geschehen, wenn ganz Oberschlesien mit Oppeln, Westpreußen und das Ermland, ferner Bütow und Lauenburg, sowie die litauischen Gebiete sich wieder mit dem Mutterlande vereinigen werden. Das ist das Programm der ausgleichenden Gerechtigkeit, das Programm, das jeder Pole im Herzen trägt, durch tatkräftige Arbeit im Sinne der Worte des Staatspräsidenten erstreben muß, ohne Rücksicht darauf, ob man in Berlin mit den Zähnen kirscht, oder mit dem Säbel rasselt. Wir werden in Ruhe unsere Pflicht tun, und wenn ein Opfer an unserem Leben, und unserem Blut nötig sein wird, dann wird es unser teuerstes Vaterland stets finden.“

In Deutschland lebt mindestens 1 Million Polen. Sie haben sich nun jetzt zum „Bunde der Polen in Deutschland“ zusammengeschlossen, hatten zur Reichstagswahl eigene Kandidaten aufgestellt und ein Programm veröffentlicht, das an Deutlichkeit der Forderungen keinen Mangel hat. Wie diese Polen arbeiten bei uns „im Sinne der Worte des polnischen Staatspräsidenten“. Pommern, hab' Acht! Die Polen in Preußen sind nun zur Landtagswahl; da wollen sie die Scharte auswaschen, die der Fehlschlag bei der Reichstagswahl ihnen gebracht hat.“

## Vermischtes.

Stahlhelmfeier in Delmenhorst. Delmenhorst stand Sonnabend und Sonntag ganz im Zeichen der Veranstaltung des Stahlhelm-Gautages. Abordnungen aus der näheren und weiteren Umgebung Delmenhorsts, aus Oldenburg Stadt und Land, Bremen usw. waren mit ihren Fahnen erschienen. Am Sonntag nachmittag bewegte sich der Festzug, etwa 9000 bis 10000 Mann, an der Spitze General von Lettow-Vorbeck, durch die Straßen der Stadt zum Marktplatz, wo aus Gulaschkanonen das Mittagsessen gereicht wurde. Nach einem Festgottesdienst, bei dem durch eine drei Minuten währende stille Andacht auch der Toten des Weltkrieges gedacht wurde, hielt General von Lettow-Vorbeck an die Versammelten eine markige Ansprache, in der er sich auch besonders an die Jugend wandte, mitzuhelfen an dem Wiederaufstieg des deutschen Vaterlandes. Einige kommunistische Ruhestörer, die durch das Herumtragen eines roten Leuchtes Provokationen schäufen wollten, wurden festgenommen und wieder nach Bremen zurücktransportiert. Sonst ist die Veranstaltung ohne Zwischenfall verlaufen.

Verbot einer Klaus-Groth-Feier. Die Klaus-Groth-Gedächtnisfeier, die am 1. Juni anlässlich des 25jährigen Todestages des Dichters an seinem Grabe in Kiel unter Mitwirkung der Universität, des Magistrats, des Norddeutschen Landesverbandes und des Lehrer-Gesangvereins veranstaltet werden sollte, ist durch Verfügung des preussischen Innenministers verboten worden.

Hilfe für deutsche Kinder. Das Ziel, das sich das Allen-Komitee in den Vereinigten Staaten gesetzt hat, täglich eine Million deutscher Kinder zu speisen, ist jetzt erreicht. Es liegen Lebensmittel in genügender Menge bereit, um die Durchführung des Speisungswerkes auf dieser Höhe vorerst bis zu den großen Ferien zu gewährleisten. Die Amerikaner tragen jetzt die Kosten für die zur Verteilung gelangenden Nahrungsmittel zu 100 Prozent. Die deutschen Frauen Beklings haben einen Bazar mit Aufführungen und Lotterien zum Besten notleidender Kinder in Deutschland veranstaltet, der einen Reingewinn von etwa 8000 mexikanischen Dollar, ungefähr 16000 Goldmark ergeben hat. Zu diesem Erfolg trug nicht unwesentlich die freigebige Unterstützung führender chinesischer Kreise bei. Der Reichspräsident Tsao Kün hatte 500 Dollar in bar gestiftet.

Afawahl in der Universität Jena. Am 20. Mai fanden die Afawahlen an der Universität Jena statt. Das Ergebnis war folgendes: Liste der „Studentischen Vertreterschaft von 1911“ (Verbindungstudenten) 824 Stimmen gleich 9 Sitze; „Vereinigte nationalsozialistische Liste der Nichtkorporierten“ (Jungdo, Stahlhelm usw.) 230 Stimmen gleich 2 Sitze; Liste des „Deutschen Studentenbundes“ (Republikaner, Sozialisten usw.) 153 Stimmen gleich 1 Sitz.

## Gerichtliches.

Zuchthaus für einen Landesverrat. Der 5. Strafsenat des Reichsgerichts in Leipzig verhandelte unter Ausschluß der Öffentlichkeit gegen den ehemaligen Reichswehrtraineur Fritz Dietrich aus Plauen im Vogt. Der Angeklagte war des Landesverrats, der Spionage, sowie des Verrats militärischer Geheimnisse beschuldigt. Dietrich hatte die Interalliierte Kom-

mission auf geheime Waffenlager, die sich in einer Kaserne befinden sollten, aufzudecken gemacht. Auch war er nach Mainz gereist und hatte dort einem englischen Major von Übungen erzählt, die in Deutschland von militärischen Verbänden abgehalten würden. Der Reichsanwalt beantragte für Dietrich eine Zuchthausstrafe von zwölf Jahren. Der Senat ging jedoch über dieses Strafmaß hinaus und verurteilte Dietrich zu 14 Jahren Zuchthaus sowie zum Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von zehn Jahren.

Eine heftige Mutter. Ein doppeltes Todesurteil fällte das Trierer Schwurgericht, und zwar gegen die 36jährige Witwe Ros aus Lickerlosheim und den 22 Jahre alten Vater Josef Meiner. Die beiden hatten ein Verhältnis miteinander und beschlossen, die drei Kinder der Witwe aus erster Ehe zu erdrosseln. Der dreijährige Nikolaus Ros wurde von Meiner in bestialischer Weise ums Leben gebracht; die anderen Kinder konnten durch die Verhaftung des Paares gerettet werden. Die Mutter des zum Tode verurteilten Meiner erhielt wegen Beihilfe zu dem Verbrechen 10 Jahre Zuchthaus. Ein Angeklagter Weder, in dessen Wohnung das Verbrechen ausgeheckt worden war, wurde zu 18 Monaten Gefängnis verurteilt.

Urlaub gegen Bezahlung. Vor dem großen Schöffengericht in Essen hatte sich der ehemalige Vizefeldwebel und jetzige Stadtassistent Heinrich Gezewitz aus Gladbeck zu verantworten. Dem Angeklagten wird zur Last gelegt, bei dem Bataillon, dem er angehörte, beständig Urlaub gegen Entrichtung von 300 Mark gewährt zu haben. Vorzugsweise wurden kriegsberaubungsfähige Leute beurlaubt, die monatlich, in einem Falle sogar 1½ Jahre lang der Truppe fern blieben und natürlich für jeden Kachurlaub 300 Mark entrichten mußten. Das Geschäft blühte so, daß der Angeklagte in Leben in Saun und Braus führen konnte. Das Urteil lautete wegen Vergehens gegen Paragraph 140 des Militärstrafgesetzbuchs auf 1 Jahr Gefängnis.

## Stadt. Kreis. Provinz.

Infolge Betriebsstörung an unserer Sechsmaschine mußten wir heute eine Reihe von Meldungen zurückstellen.

Zum Schutze der städtischen Anlagen. Da trotz wiederholter Ermahnungen einzelner Naturfreunde in den Zeitungen die Übertretungen und Zerstörungen in den städtischen Anlagen nicht nachlassen, so wird erneut auf die gesetzlichen und polizeilichen Bestimmungen verwiesen, nach denen es verboten ist, in den städtischen Anlagen Wal later und Waldblase 1. zu rauchen, 2. außerhalb der dazu freigegebenen Wege zu laufen, zu reiten und zu radeln, 3. sich außerhalb der Wege und Plätze zu bewegen oder zu lagern, 4. Blumen, Blätter, Zweige, Sträucher abzuschneiden, Beeren und Pilze ohne Erlaubnis zu sammeln, 5. Bäume, Bänke, Leiche, Wege usw. zu beschädigen oder zu verunreinigen. — Die zuständigen Aufsichtspersonen sind beauftragt, die Verbote streng durchzuführen und alle Zuwiderhandlungen zur Bestrafung anzuzeigen. Die bei den Unterförstern haben außerdem Anweisung, von jedermann, der außerhalb der Laufstraßen in den Anlagen auf Spazierwegen oder sonstwo mit frischgepflückten Sträuben von Blumen, Zweigen und dergleichen betroffen wird, den Kaufpreis von 1 Mark für jeden Strauß gegen Quittung zugunsten der Stadthauptkasse einzuziehen.

Regenwade. Ernteausicht. — Die Aussicht auf eine bessere Roggernte schwindet gänzlich. Vielfach wurde das Umpflügen der Roggenfelder in der Hoffnung unterlassen, die Verstaubung, die Weizplanze, würde durch eine günstige Witterung des Frühjahr noch manches gutmachen. Diese Hoffnung ist nicht in Erfüllung gegangen. Noch in diesen Tagen werden ganze Roggenfelder, besonders mit nassem Boden, umgepflügt und mit Kartoffeln oder Bruten bepflanzt werden. Die Herbstsaat berechtigt zu den besten Hoffnungen. Wenn auch einige Felder durch Nachfröste gelitten hatten und vielfach gelbe Blättchen zeigten, haben die warme Witterung und der Gewitterregen Wunder gewirkt. Die Obst- und Beerenblüte hat günstige Tage gehabt. Eine gute Ernte steht zu erhoffen.

Maffow. Ernteausichten. — Der Saatenstand kann im allgemeinen als günstig bezeichnet werden. Die Wiesen versprechen eine ganz hervorragende Heuernte. Auch die Obstbäume haben durchweg gut angefehlt.

Pollnow. Am Freitag vormittag brannte das Wohnhaus des Besitzers Rabdos in Pritz bis auf die Mauer nieder. Der größte Teil der Habe ist mitverbrannt. Das Haus war unzureichend gegen Brandschaden versichert. Als der Brandstiftung dringend verdächtig wurde ein etwa 13jähriger Ferienjunge ins Potsdamer Gefängnis eingeliefert, der bei R. schon mehrere Diebstähle ausgeführt hat und sich geäußert haben soll, den Bauern noch einmal zum armen Manne zu machen.

Demmin. Befangen. — Ein hiesiger Bauersmann unseres Kreises wurde bei einer Gerichtsverhandlung vom Richter hinausgewiesen. Gezürnt über solche Behandlung sucht er sein Recht auf einer Scheibstube. Man legt ihm die Frage vor, ob er den Richter wegen Befangenheit ablehnen wolle. Es lautet die Antwort: „Wat, befangen? Sei is mi väl nu driest word'n und läit mi rut'schmäien!“

Grimmen. Auf dem 8 Kilometer entfernten Rittergute „Rendisch-Baagendorfs“ tödete der Blitz zwei beim Pflügen beschäftigte Pferde. Von den beiden dabeigewesenen Leuten soll der eine einen Nervenschuß und der andere Quetschungen erlitten haben.

Ufedom. Bei dem Gewitter am Freitag nachmittag brannte der Blitz die Scheune des Hofbesizers Karl Hagemann in Gneventin an und legte sie und die anliegenden Nebengebäude nieder. Bei dem Dorfe wurden drei weidende Riegen durch Blitzschlag getötet.

Danzig. Bürgerlicher Wahlsieg. — Die Gemeindevahlen im Gebiet der Freien Stadt Danzig ergaben einen vollen Sieg des Bürgerums über die Sozialdemokratie. Die Stadtgemeinde Danzig nahm nicht an den Kommunalwahlen teil, da die Angelegenheit des kommunalen Bezirks Danzig von dem Senat als Staatsbehörde verwaltet werden. In der größten Stadtgemeinde des Gebiets der Freien Stadt, Zoppot, wurden gewählt: 9 Deutschnationale, 3 Deutschsozialisten, 3 Wirtschaftsliste, 1 Mittelparteiler, 6 Zentrum, 3 Sozialdemokraten, 2 Kommunisten und 1 Pole. Das Bemerkenswerteste an dieser Wahl in Zoppot ist die Tatsache, daß die Polen von ihren bisherigen 3 Mandaten im Zoppoter Stadtparlament 2 verloren, also nur 1 Mandat durchbringen konnten.

# An das bauende Publikum!

Der Versuch der **Bauhütte Stolp**, die Ausführungen des Arbeitgeberverbands für das Baugewerbe zu Stolp vom 22. 5. 24 über den bestehenden Bauarbeiterstreik zu widerlegen, ist zwar verständlich, führt aber deshalb nicht zu dem gewünschten Ziel, weil nicht die Behauptungen von Unternehmerseite, sondern umgekehrt die Entgegnung der Bauhütte Stolp von Unwahrheiten, bezw. Schiefheiten stroht.

1. Wenn von der **Bauhütte Stolp** schon gesagt wird, sie wäre **kein sozialistisches Unternehmen**, so ist das ebenso **unrichtig**, wie das früher oft verbreitete Märchen von der parteipolitischen Neutralität der freien Gewerkschaften. Wie heute jeder weiß, daß alle Führer der freien Gewerkschaften an hervorragender Stelle in der sozialistischen bzw. kommunistischen Bewegung stehen, so verweisen wir darauf, daß auch die sogenannten sozialen Baubetriebe Schöpfungen eben dieser freien Gewerkschaften sind, und daß z. B. in Pommern die Führer des Deutschen Baugewerksbundes, wie die Herren Hahntow, Petersdorff, Scheil usw., die Leiter, bezw. Aufsichtsratsmitglieder des Bauhüttenbetriebsverbands Pommern sind. Ueber das Wesen der Bauhütten gibt am besten Ziffer 7 des zwischen den **freien Bauarbeiterverbänden** und dem **Verband sozialer Baubetriebe am 2. Mai d. Js.** abgeschlossenen Abkommens Aufschluß, wo es wörtlich heißt: „Alle Verhandlungen zwischen den **sozialen Baubetrieben** und den **unabhängigen örtlichen Gewerkschaften** sind in brüderlichem Geiste zu führen, unter Beachtung der Tatsache, daß die **sozialen Baubetriebe Schöpfungen der freien Gewerkschaften sind.**“

2. In Ziffer 5 der oben angeführten Vereinbarung heißt es weiter: „In Orten, wo die baugewerblichen Arbeiter mit Zustimmung ihrer Gewerkschaft zur **Durchführung eines höheren Lohnes streiken**, soll in den sozialen Baubetrieben zu den **alten Bedingungen weiter gearbeitet werden** mit der Maßgabe, daß sich die **sozialen Baubetriebe verpflichten**, den etwa später durch **den Schiedspruch oder tarifliche Vereinbarungen festzusetzenden höheren Lohn vom Tage des Streikbeginns nachzuzahlen.**“

Wir fragen das bauende Publikum, ob aus dieser Vereinbarung nicht mit aller Deutlichkeit zu ersehen ist, welches Interesse die Bauhütten an der Entstehung eines Streiks im Baugewerbe haben. Man zwingt dem selbstständigen Baugewerbe möglichst viele Unruhen und Kämpfe auf, arbeitet selbst in dieser Zeit weiter, sucht dann weitere Bauten an sich zu reißen, indem man darauf verweist, daß die Bauhütten von **Wirtschaftsfreistigkeiten verschonte Betriebe** sind, nimmt weiter die bei den **selbstständigen Unternehmern streikenden Bauarbeiter** an, zwingt so die Unternehmer, nachzugeben, weil die **Unternehmer ja nur bestreift werden**, während die **streikenden Leute** bei den Bauhütten **untergekommen sind**, erreicht damit unverhältnismäßig hohe Löhne, und zwingt endlich durch eine Zurückdatierung der dann getroffenen Lohnvereinbarungen die Bauauftraggeber, die Zechen des Streiks zu bezahlen.

Gerade diese Zurückdatierung der zur Beendigung des derzeitigen Streiks in Stolp zu treffenden Lohnvereinbarungen spielt auch jetzt die größte Rolle, weil gerade die **Unternehmer als Treuhänder der Allgemeinheit** eine Zurückdatierung der jetzt zu treffenden Lohnvereinbarung mit aller Entschiedenheit ablehnen, besteht die Gefahr der Fortsetzung des Streiks.

3. Aus dem oben Gesagten geht auch hervor, daß nicht die Bauhütten preisregulierend wirken, sondern das gerade deren Endzweck ist, durch die Durchsetzung unberechtigter Lohnforderungen die Bautätigkeit zu verteuern. Ueberdies streben die Bauhütten an, das **freie Unternehmertum überhaupt zu ruinieren**, um sich damit eine **Monopolstellung auf dem Baumarkte** zu schaffen, um jede Preisregulierung, die durch das heutige Spiel der freien Kräfte gegeben ist, unmöglich zu machen.

4. Es ist zwar richtig, daß bei einer öffentlichen Ausschreibung von für die Stadt Stolp zu erbauenden Wohnungen die Bauhütte Stolp billiger war, als die auch anbietenden Unternehmer, freilich nicht um 70—150 %, wie die Bauhütte Stolp schreibt, sondern um 10 % und darüber. Damit werden der Allgemeinheit aber nicht viele 1000 Mark erspart, wie die Bauhütte behauptet, dadurch vielmehr, daß diese Arbeiten der Bauhütte übertragen wurden, wurde die Allgemeinheit um viele 1000 Mark geschädigt. Das beweist folgende Erwägung: Dadurch, daß der Bauhütte Stolp diese umfangreichen Bauarbeiten übertragen wurden, wurde sie in die Lage versetzt, den jetzigen Streik zu inszenieren, dabei alle Streikenden aufzunehmen und so die Unternehmer zu zwingen, gegenüber dem bisherigen Lohn von 47 1/2 Pfg. pro Stunde mindestens eine 30%ige Lohnerhöhung zu bewilligen. Schon diese, auf diese Weise notwendig werdende Lohnerhöhung bedeutet eine Mehrausgabe nur für die angegebenen Bauten von wenigstens 4000 Mark. Gleichzeitig werden natürlich auch alle andern Bauarbeiten auf diese Weise bedeutend verteuert, so daß jeder Einsichtige einsehen wird, daß nicht die Bauhütte der Allgemeinheit 1000de von Mark ersparte, sondern daß das Gegenteil der Fall ist.

4. Die letzte Behauptung der Bauhütte Stolp, „daß die privaten Bauunternehmer bei einem Stundenlohn von 47 1/2 Pfg. von ihren Auftraggebern 1,20—1,30 Mark forderten, die Bauhütte Stolp dagegen bei bedeutend höherem Lohn weit niedrigere Sätze beanspruchte, zeigt vollends die ganze Verlogenheit der Bauhütte Stolp. Bei dem zuletzt gezahlten Maurerlohn von 47 1/2 Pfg. berechneten die **Mitglieder des Arbeitgeberverbands für das Baugewerbe zu Stolp** vielmehr die Tagelohnstunde lediglich mit 83 Pfg. Der somit von den Mitgliedern des Arbeitgeberverbands für das Baugewerbe zu Stolp geforderte Aufschlag von 75%, nicht aber 150%, wie die Bauhütte Stolp behauptet, war bisher eine Notwendigkeit, weil der Bauunternehmer bisher allein mit rund 60 % Geschäftskosten zu rechnen hatte.

Die von der Bauhütte Stolp aufgestellten Behauptungen, in ihrer völlig auf die **Irreführung des bauenden Publikums** hinzielenden Entgegnung, daß die Behauptungen des Arbeitgeberverbands für das Baugewerbe vollständig unwahr wären, daß sie als unmoralisch bezeichnet werden müßten, und in der auf die angeblich schlechte moralische Beschaffenheit des Unternehmertums usw. verwiesen wird, wird die Bauhütte Stolp vor Gericht zu verantworten haben. Sobald der von uns anzukündigende Prozeß entschieden ist, werden wir der Öffentlichkeit von dem Ausgang dieses Kenntnis geben.

## Arbeitgeberverband für das Baugewerbe zu Stolp.

**Amtliche Bekanntmachungen.**  
Rechts gehen in der Schmiede- und Neutorstraße.

Für den Fußgängerverkehr in der Schmiede- und Neutorstraße wird mit sofortiger Gültigkeit angeordnet, daß in der Gehrichtung links der Bürgersteig der rechten Straßenseite zu benutzen ist.

Stolp, den 4. Juni 1924.  
Die Polizeiverwaltung.  
Der Oberbürgermeister.

**Privatquartiere zum Städtetag.**

Für den vom 18. bis 20. Juni hier stattfindenden Pommerschen Städtetag werden Privatquartiere gesucht. Angebote mit Preisangabe für Übernachtung mit Frühstück je Nacht unter Angabe der Bettenzahl an den Magistrat erbeten.

Stolp, den 3. Juni 1924.  
Der Magistrat.

**Eröffnung der städtischen Badeanstalten.**

Die städtischen Badeanstalten werden am Sonnabend, 7. Juni 1924 eröffnet. Die Badezeiten sowie die Preise für die einzelnen Badarten sind durch Aushang im Verkaufsladen der Frau Kaufmann Zeigmann, Gr. Ackerstr. 6, im Rathaus und in den Badeanstalten bekannt gemacht.

Stolp, den 3. Juni 1924.  
Der Magistrat.

**Leinenhaus F. Bartels Wwe. & Sohn,**  
Friedland, Bezirk Breslau  
empfiehlt

**Leinen, Halbleinen und Baumwollwaren**  
zu niedrigsten Preisen.

Spezialität: Taschentücher und Wattierleinen.

**Am Sonnabend vor Pfingsten,**  
**den 7. Juni d. Js.**  
**bleiben unsere Kassen und Büros für jeden Verkehr**  
**geschlossen.**

Reichsbank Stolp i. Pom. Kreis-Spar-Kasse des Landkreises Stolp  
Bank für Haus- u. Grundbesitz e. G. m. b. H., Stolp  
Danziger Privat-Aktien-Bank Filiale Stolp, Stolp  
Deutsche Raiffeisenbank A. G. Geschäftsstelle Stolp i. Pom.  
Heinrich Westphal & Sohn.

**Umzüge**  
von und nach allen Orten, sowie in der Stadt führt aus  
**Paul Schmidt, Bahnspediteur**  
Fernruf 67 u. 68.

**Gänsefedern**  
weiß und daunig zum Selbstreiben p. Pfd. 1.75 Mark, rein weiße Gänsehalsdaune, füllfertig p. Pfd. 4.— Mk., versendet in reeller Ware portofrei p. Nachnahme  
Bommerische Bettfedernfabrik  
**Otto Lubs**  
Stettin-Grabow.

**Brennholz**  
in Buche und Eiche ist wieder vorrätig  
**A. Schlawin,**  
Schillerstraße.

**Stolpetalbahn und Stolper Kreisbahn.**  
Am 1. und 2. Pfingstfeiertag verkehren die planmäßigen Sonntagszüge.  
Stolp, den 4. Juni 1924.  
Die Bahnverwaltung.

**Wiesenverpachtung.**  
Mittwoch den 11. Juni. Treffpunkt 8 Uhr Vorm. Wobesder Weg.  
Die Hälfte muß sofort, ein Viertel bis 15. Juli, das letzte Viertel bis 15. September bezahlt werden.  
**v. Hanstein-Buffeten.**

**Sorgt für die Erhaltung der städtischen Volkstüche**  
durch Geldspenden bei den Banken und Kassen und durch Liebesgaben, die in der Volkstüche wochentags von 9 Uhr vormittags bis 5 Uhr nachmittags entgegengenommen werden.  
**Die städt. Volkstüche**  
Reitsahn, Fernruf 1009.

## Abteilung:

# Herrenartikel u. Wäsche

Durch günstigen Einkauf in ersten Herrenwälfefabriken Bielefelds und in den bestrenommierten Krawattenfabriken wie „Rotsiegel“ und „Braun-Wappen“ kann ich sehr gute Waren zu billigen Preisen anbieten.

## Die neue Rotsiegelkrawatte für den Sommer

in  
**Seiden-Krepp und Krepp-Marocain.**

### Krawatten und Selbstbinder

Strickbinder, neue Muster	4.50, 1.20,	<b>95</b> ♂
Regatts, schwarz und farbig	1.75, 1.25,	<b>1.20</b>
Schleifen, Seide und Batist	1.50, 0.60,	<b>40</b> ♂
Schleifenbinder, Seide, Batist, Pikee	3.—, 0.75,	<b>60</b> ♂

### Oberhemden (Bielefeld)

Einsatzhemden, gestr. Pikee m. Einsatz	5.50,	<b>3.95</b>
Oberhemden, weiss Pikee		<b>6.75</b>
Oberhemden, weiss Pikee m. fester Mansch.		<b>7.75</b>
Oberhemden, Perkal 2 Kragen weiche Mansch.		<b>8.50</b>
Oberhemden, Zefir 2 Kragen weiche Mansch.		<b>9.75</b>

### Selbstbinder

einf. gute Qualitäten	6.—, 3.95,	<b>1.75</b>
Foulard		<b>4.25</b>
moderne Streifen u. Damast-Muster	5.50, 2.95,	<b>1.75</b>
Seidenbinder die bekannten Marken „Braun-Wappen“, „Rotsiegel“	6.50, 3.95,	<b>3.—</b>

### Stehkragen (Bielefeld)

(fünffach)		
Sportkragen, weich geplättet	0.85, 0.75,	<b>60</b> ♂
Form „Uniform“		<b>80</b> ♂
Form „Marine“ (grosse Ecke)		<b>90</b> ♂
Form „Frack“ (kleine Ecke)		<b>95</b> ♂
Steh-Umlegekragen, viertach		<b>1.15</b>

### Hosenträger

Gummi m. Lederplatten hochelegant	3.—, 1.75,	<b>95</b> ♂
Seidene Träger System „Endwell“		<b>3.50</b>
Sockenhalter „Neuheit“	1.65,	<b>1.10</b>
Kragenknöpfe		<b>6,5</b> ♂

### Dauerwäsche Marke Schildkröte

Form „Uniform“		<b>65</b> ♂
Form „Marine“		<b>75</b> ♂
Stehumlegekragen		<b>85</b> ♂
Serviteurs		<b>1.05</b>
Manschetten		<b>1.50</b>

### Schlafanzüge

in hocheleganter Ausführung  
**34.— 30.— 21.50**

Westengürtel neue Muster 2.— **1.70**

Sportgürtel Leder 2.75 2.— **1.50**

Spazierstöcke echt Rohr 5.50 **3.75**

Spazierstöcke echt Büffelhaar 17.50 **12.—**

Telephon  
124, 125, 126

# Gustav Zeeck, Stolp

Schriftl. Bestellungen werden sofort am Tage des Einganges durch meine Versandabteilung erledigt.

## Preiswertes Pfingstangebot!

braune G.-Boyl.-Stiefel  
Goodyear gedoppelt  
nur **18.00**

echt Boyl.-G.-Stiefel  
Goodyear gedoppelt  
nur **14.50**

R.-Chevreaux-G.-Halbschuhe  
mit Lackkappe  
nur **9.75**

Arbeitschmürstiefel  
1a. Handarbeit  
nur **10.50**

Knaben-Kindboy-Stiefel  
36-39  
nur **8.50**

D.-Boyl.-Spangenschuhe  
36, 39-42  
nur **6.50**

R.-Chevreaux-D.-Halbschuhe  
mit und ohne Lackkappe  
nur **5.90**

1a. D.-R.-Chevreaux-Halbschuhe  
mit und ohne Lackkappe  
nur **6.90**

br. D.-Chevreaux-Halbschuhe  
in allen Größen  
nur **11.50**

1a braune Rd.-Schmürstiefel  
23/24, 25/26  
nur **6.90, 7.50**

# Paul Schröder, Schuhwaren und Sporthaus

Stolp, Paradiesstraße 2  
Fernruf 818.

Röslin, am Markt 17  
Fernruf 622.

### Hingerichtet

Sei Ihr Auge bei Bestellung oder Kauf von Zöpfen sowie aller Haararbeiten auf das altbekannte erste Damenfrisier- und Haargehäst nur **Hofstentorstr. 24**. Sie kaufen dort gut u. billig. Für Landhochzeiten stelle Friseur.

Bitte genau auf Firma zu achten.

**R. Stach, nur Hofstentorstr. 24.**

### Lohnschnitt

übernehme jedes Quantum. Kaufe tief. und eich Langholz in kleineren u. größeren Posten; desgl. biete an Schnittmaterial, Balken, Kantholz, Latten (auch nach Lisse geschnitten) sowie Kalk, Zement und andere Baumaterialien.

**Paul Schulz**  
Baugeschäft und Dampf-  
sägerwerk  
Amststraße 25/26.

Ein älteres  
**Mädchen oder Frau**  
an der Maschine veranlagt. Dasselbst ist eine Wertmahnung zu haben.

**U. Schlawin,**  
Schillerstraße 16.

**Kirchliche Anzeige**  
**St. Spiritus-Kapelle.**  
Donnerstag, den 5. Juni  
Nachm. 5 Uhr Gottesdienst.  
Pastor Böttke.

**Ev. kirchl. Plantagen-  
verein:**  
Donnerstag, den 5. Juni  
1924 abds. 8 1/4 Uhr Ver-  
sammlung in dem Saal der  
Schloßkirche.